

Dresdner Volkszeitung

Postleitstelle: Leipzig.
Roden & Kump. Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bandlonto:
Gehr. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Willen, Kunst, wöchentlich Bringerkunde monatlich 1.80 M. Durch die Post bezogen vierzehnlich 4.90 M. unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 8.50. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Bettiner Platz 10. Tel. 25201.
Sprechstunde nur morgens von 12 bis 1 Uhr.
Spedition: Bettiner Platz 10. Tel. 25201.
Geschäftstagszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Abfertige werden die Tagespresse mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsabos. Interesse müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im vorraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 101.

Dresden, Donnerstag den 2. Mai 1918.

29. Jahrg.

Erfolge der deutschen Ostpolitik.

In letzter Zeit mehren sich die unerfreulichen Nachrichten aus der Ukraine. Schon kurz nach Friedensschluß mit dem neuen Staate wurde die deutsche Bevölkerung hant, aber unermüdlich darauf vorbereitet, daß die ukrainische Nahrungsmittelzufuhr nicht den gehofften Erwartungen entsprechen dürfte, weil Straßen und Eisenbahnen kaputt seien und infolgedessen schlechte Transportverhältnisse bestünden, doch außerdem der ukrainische Bauer das Misstrauen gegen unser Geldpapier nicht überwinden und lieber seine Vorräte in der Hand behalten wolle. Als Schlüßpunkt dieser steptischen Nachrichten kam die Meldung, daß der deutsche Oberkommandierende General von Eichhorn den Anbau zu verfügt habe. Man dachte: natürlich im Einvernehmen mit der kiewer Regierung, denn eine so tief in die persönlichen Rechte und die Wirtschaft einer Bevölkerung eingreifende Maßnahme bedarf nachhaltiger Unterstützung durch die regierenden Fürstentümern des Landes. Heute erfährt man, daß einige Mitglieder der kiewer Regierung wegen „idealer“ Agitation gegen den deutschen Einfluß verhaftet wurden, und liegt nun zwischen den Zeilen der Meldung, daß wichtige deutsche Maßnahmen nicht nur gegen den Willen der ukrainischen Bevölkerung, sondern auch des kiewer Rabiets erfolgten.

Die Art, wie in der Ukraine Sympathien für Deutschland gezeichnet werden, hat eine verdächtige Ähnlichkeit mit dem polnischen Beispiel. Auch in Polen wurden die deutschen Truppen einst als Freunde begrüßt. In Polen scharten sich sogar Freiwillige zusammen, um auf deutscher Seite gegen Russland zu kämpfen. Dann las man plötzlich in unseren sozialistischen Blättern von der Unbekanntheit und der Widerwendigkeit der polnischen Bevölkerung und erfuhr von der Verhaftung polnischer Führer, die früher bei ihr kämpften worden waren. Zu ihnen gehörte Biskupski, der ehemalige tapfere Kommandant der auf Seite der Mittelmächte kämpfenden polnischen Legionen. Und heute hat weiß man in Berlin und Wien nicht, in welcher Form man sich den politischen Staat der Zukunft denken soll. Wahrscheinlich ziehen die Regierungen der Mittelmächte vor dem ukrainischen Problem schon bünigen füger Zeit mit der selben Ratlosigkeit.

Es scheint, daß den deutschen Methoden ein besonderes Geheimtum eigen ist. Völker vor den Kopf zu stoßen. Wenn sich irgendwo Sympathien für Deutschland entwickeln, so braucht man offenbar nur einen deutschen General zur Regelung der Ordnung hinzuschicken, und alle guten Anläufe erfrieren wie die Beelchen in kalten Märznächten. Die Nachrichten aus der Ukraine äußern zu düstig, als daß man die deutschen Maßnahmen auf ihre Zweckmäßigkeit hin betrachten könnte, aber aus der Gleichartigkeit der Ereignisse, wie sie unter deutscher Verwaltung nun mehrfach blühten, lassen sich Schlüsse ziehen. Dersele Geist, der es verstanden hat, einem großen Teil der elsch-lothringschen Bevölkerung stetig wachsende Deutschturmschaft zu bringen, der es verstanden hat, die Polen allem Deutschtum zu entziehen, der selbe Geist dürfte es auch sein, der uns die Feindschaft mit der kiewer Rada bescherte. Und wie stehts nun um den Prostref?

Unsere östliche Front ist jetzt bis in die Krim vorgeschoben und verläuft von da aus nordwärts. Nach den offiziellen deutschen Erklärungen soll dieser Vormarsch den Frieden sichern. Jetzt muß er jedoch nicht nur gegen den polnisch-ukrainischen Teil der Bevölkerung, sondern auch gegen die Regierung geführt werden, mit der man diesen Vormarsch abschloß und die die deutsche Hilfe gegen einen großen Teil der ukrainischen Bevölkerung ins Land rief. Man muß schon sagen, daß dieser Erfolg der deutschen Ostpolitik nicht geeignet ist, das Vertrauen in den politischen Weitblick unserer leitenden Stellen zu mehren. Die Völker der Mittelmächte haben eine Nahrungsmittelzufuhr von außen selbstverständlich immer mit Freuden hingenommen, aber wenn diese Freude zu solcher Verfeindung führen muß, wie sie jetzt in den kiewer Verhöhnungen zum Ausdruck kommt, so hätte es im Interesse der Völker gelegen, auf diese Nahrungsmittelzufuhr zu verzichten. Eine Verkürzung der Prostration wäre politisch weniger bedenklich als diese Verfeindung mit der Ukraine.

Diese neueste Kappe der Entwicklung im Osten kommt geradezu einem Bankrott der deutschen Ostpolitik gleich. Vorläufig hat man sich mit Russland verfeindet, ohne dafür wichtige Freunde gewonnen zu haben. Den Gewalttrieben von West-Litauis glaubten unsere leitenden Stellen wagen zu können, weil damit ein Wall von Randorten gegen Russland gebildet würde. Dieser Wall sieht heute schon sehr unzureichend aus. Selbst aus Finnland — in dessen Partei sich Deutschland militärisch einmischt, ohne dafür West-Litauis — kommen Nachrichten, nach denen auch im Lager der weißen Gardes eine große Reihe Ententefreunde sind. In den bolitischen Staaten hat man die Anlehnung an Deutschland proklamiert, ohne bis heute gewagt zu haben, endlich das in West-Litauis sehr oft verproklamierte Volkssotum auf breiter demokratischer Grundlage einzuholen. Und was Polen und die Ukraine angeht, so drohen mit ihnen schon jetzt, da der allgemeine Friede noch nicht einmal geschlossen ist, die wichtigsten Steine aus diesem fragwürdigen Randstaatenwällen herauszufallen. Vielleicht hört man in Kiew wie in Charkov gar bald die Parole: „Bunke zu Russland!“ Das heißt dann, wie gesagt, daß die Regierung der Mittelmächte die Möglichkeit der Heimkehr geboten wird.

die dauernde Feindschaft des noch immer großen russischen Reichs risikiert hat, ohne dafür auch nur nennenswerte Freundschaften eingutauschen. Wir müssen leider befürchten, daß trübe Prophezeiungen, die wir an den Wester Friedensschluß knüpften, dank der politischen Weisheit unserer maßgebenden Stellen rascher in Erfüllung gehen, als selbst die pessimisten glaubten.

Verhaftung kiewer Regierungsmitglieder.

† Berlin, 1. Mai. (Amtlich.) In letzter Zeit möchte sich in Kiew eine starke Agitation bemerkbar, die sich ancheinend auch gegen den deutschen Einfluss in der Ukraine richtet. Unsere Bemühungen, Ordnung zu schaffen, erfuhrn von der Regierung eine völlig ungünstige Unterstützung, die angedeutet feiner Mahnungen traf, um die Feindschaft zu verhindern. Doch verfügte die vertraglichen Verpflichtungen zu Sicherheit, Feldmarschall v. Eichhorn sah sich deshalb nach Einvernehmen mit dem Kaiserlichen Reichsverteidiger Ritter von Rumm genötigt, einen Erlass über die Ausführung der Erzähler bestellungen zu veröffentlichten, der von der ukrainischen Presse entstellt und übergeben wurde, was Aufregung im Lande und einen Protest in der Rada hervorrief. Es ergaben sich sogar Anzeichen, daß Mitglieder der Regierung selbst an der Agitation gegen uns beteiligt waren.

Unter diesen Verhältnissen gewann die willkürliche Verhaftung des Direktors des Russischen Bank für auswärtigen Handel, Dobrik, eine besondere Bedeutung. Dieser wurde ohne nähere Erklärungen im Namen des „Bundes zur Befreiung der Ukraine“ in seinem Quartier überfallen und weggeschleppt. Im Hause seines Sohnes der Regierungsmiliz weigerten sich, ihm zu schützen. Sein Aufenthalt ist zur Zeit noch unbekannt. Dobrik war als ukrainischer Geschäftsmann mit den deutschen Mitgliedern der Wirtschaftskommission in engem Kontakt gekommen und hatte sich große Verdienste um soziale Zusammenarbeit mit der deutschen und österreichischen Bevölkerung erworben. Außerdem ließen Nachrichten ein, daß weitere Verhaftungen folgen sollten. Zugleich mehren sich Anzeichen für den Verdacht, daß die Verhaftung von Mitgliedern der Regierung selbst ausgegangen war.

Diefer Entwicklung der Dinge konnte das deutsche Oberkommando nicht ruhig zusehen. Der Generalstab bedeutete den Widerstand der Anarchie. Die Regierung hatte sich als zu schwach erwiesen, die Reichswehr in Kiew zu schützen. Feldmarschall v. Eichhorn verfügte daher im Einverständnis mit dem Kaiserlichen Reichsverteidiger R. Rumm auf Sicherung der Stadt Kiew besondere Maßnahmen, die wesentlich auf die Sicherung der Einrichtungen von Militärgerichten, die strenge Bestrafung allgemeiner Verbrechen und Androhung schwerer Strafen gegen jede Störung der Ordnung abzielten. Inzwischen ist die Untersuchung des Falles Dobrik bereits einem deutschen Militärgericht übertragen worden. Sie führt unter anderem zur Verhaftung des Kriegsministers Tschubowski, des Abteilungschefs im Ministerium des Innern, Dubrowski, des Brav des Ministers des Innern, Tschubowski, des Kommandanten der Stadtkaserne, Bogatschi, und des Abteilungschefs im Ministerium des Außen, Dubrowski. Die gerichtliche Untersuchung wird fortgesetzt.

Das deutsch-französische Gefangenenaftkommen.

† Berlin, 1. Mai. Am 6. April sind in Bern die seit mehreren Wochen zwischen Vertretern der deutschen und der französischen Regierung über Gefangenenaftkommen geführten Verhandlungen zu einem beständigen Abschlusgegangen. Wie gestoßen vereinbart sind nunmehr den beiden Regierungen zur Vermittlung vorgelegt worden.

Das wichtigste Ergebnis wird die Errichtung einer großen Anzahl deutscher und französischer Kriegsgefangener sein; bei einer Mindestdauer der Gefangenenschaft von 18 Monaten sollen kriegsgefangene Offiziere in der Schweiz interniert, Unteroffiziere und Mannschaften unmittelbar in die Heimat entlassen werden. Und zwar ist für die Reihenfolge der Tag der Gefangenennahme entscheidend. Austausch und Internierung sollen bei gründlichem Kopf um Kopf vollziehen. Nur für die an Zahl verhältnismäßig geringen Klassen der mehr als 45 Jahre alten Familienälter mit mindestens drei Kindern kommt aus Gründen der Menschlichkeit von dem Austausch Kopf um Kopf abgetreten werden.

An deutschen Kriegsgefangenen, die sich 18 Monate in französischen Gefangenshaft befinden, kommen zur Zeit etwa 2500 Offiziere und 120.000 Mann in Betracht. Selbstverständlich wird der Abtransport so rasch wie möglich von Kriegsgefangenen viele Monate in Anspruch nehmen, zumal bei ihrer Rücklösung aus dem Wirtschaftsleben beider Völker auf ihren rechtszeitigen Etaschen bedacht genommen werden muß. Kriegsgefangene, die am 15. April 1918 in der Schweiz französisch interniert waren, werden, sofern sie vor dem 1. November 1918 in Feindehand geraten sind, unverzüglich in die Heimat entlassen. Die früheren Vereinbarungen über die Entlassung und Internierung französischer und verwundeter Kriegsgefangener werden durch das neue Abkommen nicht berührt.

Das zweite wesentliche Ergebnis der Berner Verhandlungen sind Vereinbarungen über Entlassung derjenigen Civilpersonen, die zur Zeit in einem der beiden Länder interniert sind, oder jenseits während des Krieges interniert waren. Solche Personen können auf ihren Wunsch ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht das Land, in dem sie zurückgehalten werden, verlassen und an ihren früheren Wohnsitz zurückkehren. Dieses Ergebnis ist um so erfreulicher, als damit auch den noch in Frankreich befindlichen Elsas-Vertriebenen die Möglichkeit der Heimkehr geboten wird.

Sabastopol besiegt.

(E. L. O.) Amtlich. Großes Hauptquartier, den

2. Mai 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht und

Deutsch-Kronprinz:

Am den Schlachtfeldern ist die Lage unverändert. Der Artilleriekampf war im Abhören des Kaukasus gestoppt. Auch zwischen Somme und Auebach, bei Montdidier, Vallangy und Royon lebt er vielfach auf. Im übrigen blieb die Geschäftigkeit auf Gründen beschränkt.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

An der lothringischen Front war die französische Artillerie in den Nachmittagsstunden sehr aktiv. Kleinere Vorstöße des Feindes wurden abgewiesen.

Osten:

Ukraine:

Vor Sebastopol brachen wir feindlichen Widerstand.

Die Stadt wurde am 1. Mai komplett von uns besetzt.

Der erste Generalquartiermeister: Lüderdorf.

Außerdem enthalten die Vereinbarungen z. a. noch eine Reihe von wichtigen Bestimmungen über die Einrichtung und den Betrieb in den Gefangenengräben, über die Ernährung der Kriegsgefangenen, insbesondere ihre Prostitution, über die Vollstreckung gerichtlicher und disziplinarischer Strafen, sowie über die Behandlung der Bevölkerung in den befreiten Gebieten. Nach Festigung der Vereinbarungen durch die beiden Regierungen werden noch Einzelheiten bekanntgegeben werden.

Besonderer Anteil an dem günstigen Verlauf und dem Erfolg der Berner Verhandlungen hat die Schweizer Regierung, unter deren Leitung die Verhandlungen stattfanden. Die Schweiz hat sich damit von neuem unvergängliche Verdienste erworben, indem sie ein Werk der Menschlichkeit förderte, das Hunderttausende unglückliche Opfer dieses Krieges befreien und ihren Angehörigen wieder geben wird.

Der Kampf in Petersburg.

Unter 23. April meldet Reuter verspätet aus Petersburg: „Die Entwaffnung der Anarchisten in Petersburg ist gestern abend ohne Widerstand erfolgt.“ Danach haben alle Kämpfe stattgefunden.

Einem Amsterdamer Blatte wird aus London gemeldet: Da die englischen Korrespondenten Petersburg verlassen haben, sind hier keine zuverlässigen Nachrichten über die angebliche Wiederherstellung des Kommunismus eingetroffen. Der Berichterstatter des Journal meldet, daß die russische Presse augenblicklich die phantastischen Gerüchte verbreite. Die Anzahl der Arbeitslosen wird auf 350.000 geschätzt. Nach einem Petersburger Bericht des Daily Express hat sich das Vollzugskomitee des Allrussischen Sowjetkongresses in Moskau den Forderungen und Plänen Trotskis angelitten, die darin gehen, alle Männer zwischen 16 und 46 Jahren zur militärischen Ausbildung heranzuziehen und die Dienstpflicht für alle Bauern und Arbeiter einzuführen.

26 000 Tonnen versenkt.

Berlin, 1. Mai. Amtlich. Im westlichen Mittelmeer versenkte neuerdings ein U-Boot, Kommandant Kapitänleutnant Klasius, bei schwerem Wetter fünf Dampfer von zusammen etwa 26 000 Bruttoregistertonnen. Alle Dampfer waren gesunken, vier von ihnen tief beladen.

Der Chef des Admirals der Marine.

Kämpfe in Mesopotamien.

Englischer Bericht.

Unsere Streitkräfte sind in mehreren Kolonnen, deren Route nördlich von Bagdad entlang der Straße, die nach Mosul über Shurri und Ankil führt, vorgerückt. Am 27. April wurde Shurri genommen und 40 Kilometer gemacht. Die Türken, die unseren Angriff nicht abwarten, zogen sich entlang der Straße zurück. Aber unsere Streitkräfte wichen einer der feindlichen Kolonnen ein, griff sie unverzüglich an, setzte über 100 Mann und machte 308 Gefangene, abgesehen von vielen Attentätern. Am 28. April erlangte unter Reuter den Übergang über den Tigris an einem Punkte südlich von Andurian. Am gleichen Tage erreichte der Hauptteil unserer Streitkräfte die hier dieses Kusses. Am der frühen des 29. April erreichte er die Streitkräfte die feindlichen Verbündeten nach Taal. Nun dazu: 1. L. unterteilt Angriffe nach Andurian vor und war bald im Schieß bei Stadt, wo 300 Mann gefangen genommen und 50 Gefangene erbeutet wurden. Ein anderes Feldzug und ein Transportzug, die sich beobachteten, auf einem Abenweg zu richten, kamen ebenfalls in unsere Hände. Die Verfolgung des Feindes auf der Hauptstraße nach Norden dauerte an.

Der verfahrene Wahlrechtskampf

Auch der zweite Tag der Wahlrechtsdebatte im Abgeordnetenhaus hat die Entwicklung noch nicht gebracht, und doch ameiselt jetzt kaum nochemand daran, wie sie ausfallen wird. Nachdem Herr Reichsverfaßt hat, von jenen Zentrumsfaktionen gewonnen würden 16 bis 18 gegen das gleiche Wahlrecht stimmen, und nachdem am Tage davor Herr Lohmann sagen konnte, er werde nur die Hälfte seiner Fraktion, das heißt etwa 36 Nationalliberale, gegen das gleiche Wahlrecht stimmen durch Adam Rieske kennt die Zukunft eingezogenen vorzusehen. 16 und 30 ist 42 oder rund gerechnet 50 Stimmen, die den konservativen und freikonservativen Wahlrechtsgegnern zugute werden. Das genügt, um ihnen eine recht erhebliche Mehrheit zu sichern, auch wenn man die paar weichen Abstimmungen unter ihnen, die für das gleiche Wahlrecht stimmen wollen, und die vorausichtlich ziemlich zahlreichen Abstimmungen abrechnet. Auch in der Mittwochssitzung bei einem Vertreter der Regierung, dem Minister des Innern Dr. Drews, wiederholte, was eigentlich schon längst selbstverständlich sein sollte, daß nämlich die Regierung vom gleichen Wahlrecht nicht absehen werde. Die Mehrheit des Hauses will aber auf keinen Fall das gleiche Wahlrecht annehmen und läßt sich auch durch das Angebot irgendwelcher noch so weitgehender „Sicherungen“ von ihren Wegen nicht abbringen.

Dieses Verhalten der Rechten ist von ihrem Standpunkt aus ganz verständlich. Denn mit „Sicherungen“ ist überhaupt nichts zu ändern, können die aufliegenden inneren Spannungen nur noch gereizter und erbittert gemacht werden ohne Aenderung des jetzigen Erfolges.

Man stelle sich vor, daß eine festgestellte Abgeordnetenhaus-Mehrheit eine bestimmte Reform will, daß sie mit diesem Verlangen die große Mehrheit des Volkes hinter sich hat und daß sie an seiner Erfüllung durch irgendwelche „Sicherungen“ gebindert wird. Was wird die Folge sein? Dass die Mehrheit ihren Einfluß auf die Verwaltung und auf die Reichsregierung geltend machen wird, um ihr volkstümliches Ziel auf Umwegen zu erreichen. Seize z. B., die das Verhältnis des Staats zur Kirche und Schule betreffen, können auf dem Verwaltungsweg ja ausgehöhlt werden, daß nichts von ihnen übrig bleibt. Bleiben trotzdem Gesetzesreste, die der Mehrheit des Volkes und seiner Vertretung unerträglich scheinen, so wird die schon vorhandene Bewegung für die Einführung eines Reichs-Schulgesetzes als bald zum reißenden Strom anwachsen. Soll die Abschaffung des kommunalen Dreiflossen-Wahlrechts durch „Sicherungen“ verhindert werden, so läßt sich wiederum ein Reichsgesetz denken, das alle pluto-kontraktive Unterschiede bei den Wahlen öffentlicher Fürwerkschaften beseitigt.

Schon he, wie läßt sich mit großer Wahrscheinlichkeit voraussehen, daß ein Komromiß auf Grund des „Sicherungs-Gebans“ nicht gestande kommen wird.

Darum ist es ein ungeheuer lassischer Fehler der Regierung, daß sie mit der Auflösung noch immer wartet will. Warten — man weiß nicht recht, worauf? Kommt die Vorlage in der Form des Zusatzschlußbeschlusses, also mit dem Wehrstimmrecht, bis ins Herrenhaus, so kann die Bewirbung dadurch nur noch geleistet werden. Was will die Regierung also tun? Die Vorlage zurückziehen und das weitere abwarten? Da hätte sie schon am Dienstag den Antrag des Grafen Spee, die Beratung bis nach dem Krieg zu verschieben, annehmen müssen, sie hätte nicht, wie es Herr Friedberg unverhüllt sagt, mit der sofortigen Auflösung drohen dürfen, wenn der Antrag angenommen würde. Die Regierung muß, wenn sie sich nicht vor aller Welt geschlagen sehen will, den Kampf weiter fortführen, und da kommt sie um die Auflösung nicht herum. Wäre es da nicht besser, gleich jetzt zu tun, was doch getan werden muß? Ein abwartendes, unentschlossenes Verhalten kann das Misstrauen gegen die Regierung nur noch vermehren, die Errogung im Lande nur noch steigern. Damit vergehen bis zur Auflösung, die schließlich doch unvermeidlich ist, kostbare Wochen oder Monate, in denen sehr viel verloren werden kann. Die Regierung kann inzwischen vielleicht, von den Rechten befürchtet und vor der Linken verlassen, stürzen. Vor welcher Lage stände aber dann ihre Nachfolgerin? Graf Herlitzk muss, wenn er nicht die ungeheuerste Verantwortung auf sich laden will, solange er noch im Amt ist, in Preußen Ordnung schaffen.

Bremisches Abgeordnetenhaus.

129. Sitzung. Mittwoch den 1. Mai, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerialamt: Dr. Drews.

Fünf neueingetretene Mitglieder leisten den vereidigungsähnlichen Eid.

Zweite Lesung der Wahlrechtsvorlagen (Zweiter Tag).

Die allgemeine Ansprache wird bei den Paragraphen 1 bis 8 fortgesetzt.

Herr Dr. Lohmann (natl.): Ich spreche nur für die Hälfte meiner Fraktion. (Heiterkeit.) Unter Standpunkt ist ja bekannt, diejenigen meiner politischen Freunde, die hinter mir stehen, halten an ihrem Befürworten gegen die Vorlage der Regierung fest. (Schäfer Seiffel redet, rückwärtiger Rufur lösbar: Basso redet.) Wir befürchten, bei einer Gesetzesvorstellung der Vorlage ein sehr starkes Einbrechen der Sozialdemokratischen Partei (lebhafte Zustimmung redet). Das Reichstagswahlrecht würde in Preußen stabilisiert werden als im Reichstage. Dazu kommt der Einfluß der Polen als einer absoluten Oppositionspartei in Preußen. Wenn die sozialdemokratischen Stimmen in Preußen in dem Maße anwachsen, wie sie noch den letzten Reichstagsabwählen angewandt waren, dann wird die Zahl der sozialdemokratischen Mandate beträchtlich ansteigen, daß sie in absehbarer Zeit mit den Polen und Welfen die Mehrheit im Abgeordnetenhaus haben wird. (Zustimmung redet.) Wir werden dann etwa 112 Sozialdemokraten, 40 Polen, 3 Welfen und 2 Löwen haben, zusammen 157 Stimmen. Mit den fortschrittlichen Abgeordneten kommen wir auf 172, was die absolute Mehrheit von 228 augenscheinlich nahe kommt. Wir stehen vor einem allgemeinen Einheitswahlbündnis der Fortschrittsler mit der Sozialdemokratie. (Zustimmung redet und bei den Nationalliberalen.) Ich glaube, daß wir mit der Möglichkeit rechnen müssen, daß in absehbarer Zeit

eine sozialdemokratisch-polnisch-fortschrittliche Mehrheit im Abgeordnetenhaus

sein wird. Die Regierung verkennt zwar nicht, daß eine gewisse Abstimmung eintreten werde, aber sie hat mit dem Optimismus, der sie bei der Vertretung der Vorlage ausgesprochen hat, immer wieder erklärt, dieser Abstimmung würde nun mehr zu gefährlich sein wie vor dem Kriege. Auch meine Fraktion hofft, daß ein großer Teil der sozialdemokratischen Wählerstimmen sich in beginn auf die nationalen Abstimmungen des Staates aufzuhalten wird als vor dem Kriege und daß sie nicht die Stütze der Hoffmann und Co. haben werden wird. Das wird aber wieder dem Vorstand der Sozialdemokratie überbrückt und die Gefahrlosigkeit einer sozialdemokratischen Mehrheit mindert. Ich erkenne die Sozialdemokratie die monarchischen, nationalen und religiösen Gefühle der Bannfreunde

lich gesinnten Arbeitersassen verlegt, um so stärker wird ihre Ausbildungskraft auf die Arbeiter sein. Ich befürchte daher ein sehr starkes Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen nach dem Kriege. — Sie behaupten, daß das Gemeindewahlrecht auf anderen Grundlagen beruht als das Staatswahlrecht. Die Regierung ist im Fazit, wenn sie den Kampf um das Gemeindewahlrecht für eine Prinzipien-, und nicht für eine Maßfrage hält. Ein solches Viertheits-Vorhang hat sich in Baden abgespielt. Dorthin hat sich die Nationalliberale Partei gegen den gleichen Wahlrecht widergestellt. Sie hat schließlich nachgeben müssen. Nun fordern die drei möglichen Parteien in Baden: Zentrum, Nationalliberale, Sozialdemokraten, einigten sich für die Gemeinden das gleiche Wahlrecht. Und an diesen unmittelbaren Einführung ist nicht mehr zu zweifeln. (Hörtl hört redet.) Wird die preußische Staatsregierung noch Widerstandskraft haben? — Dann die Bolenstreite. Schon bei der jetzigen Mehrheit vor die Arbeit schwirrt. Die polnischen Stufen sind gefüllt. Es herrscht eine große Nachfrage nach Grund und Boden. Schon bei der jetzigen Anfangsstellung war der Nebenfrage von Gründung und Boden von deutscher Hand in polnische immer etwas stärker als umgekehrt. Seine Freunde hätten sich fragt, ob das die Mehrheitsergebnis des Auschusses nicht auch viel Aufsicht auf Annahme hat. Das Unannehmen der Regierung ist allerdings noch nicht ausdrücklich ausgeprochen. (Widerdruck lösbar.) Wie haben daher einen Antrag auf Einführung des Gemeindewahlrechts eingeführt, der, wie fast die ganze Presse hält, eine soziale Annäherung an die Regierungswünsche bedeutet. Ein Antrag gegen die Freiheitlichkeit ist er nicht. Kein Arbeitgeber wird einen tüchtigen Arbeiter noch 54 Jahren entlassen, bloß damit er keine Aufzulnahme erhält. Ich hoffe, daß in Erwähnung der durchsetzbaren Ergebnisse, die ein Wahlkampf im Volke hervorrufen würde, die Regierung zu Verhandlungen bereit sein wird. Es wird hier eine große Menge des Volkes geben, die sich nur eine knappe Lebenshaltung leisten kann. Es ist natürlich, wenn diese große Schicht ältere Anprüche an das Leben stellt, als sie befriedigt werden können. Wir möchten aber, so schlägt Abg. Lohmann, daß es Menschen nicht unmöglich gemacht wird, eine weithin sichtbare Stätte von Ruht und Kultur und wirtschaftliche Freiheit, die nicht durch die Demokratie ermöglicht wird, zu sein. (Stürmische Zustimmung auf der Rechten und bei einem Teil der Nationalliberalen.)

Minister des Innern Dr. Drews: Wie müssen darauf halten, daß der Kampf der politischen Meinungsverschiedenheit in lokalen Formen geführt wird. Der Vorredner hat die Antwort des Vizepräsidenten auf die Frage des Abg. v. Seiffel, ob der König bei Erlass der Wotschaft vom 11. Juli v. J. davon unterrichtet gezwungen wäre, daß zwischen der überwiegenden Mehrheit des Abgeordnetenhauses eine Vereinbarung über ein Plurawahlrecht zu stande gekommen sei, das Ausicht auf Annahme hatte, etwas unklar gefunden. Der Vizepräsident hat ganz kurz und präzise geantwortet: Ja! (Zustimmung redet.) Auch über die Stellung der Regierung zur Wotschaft ist gestern von dem Vizepräsidenten des Staatsministeriums eine kurze und bündige Erklärung abgegeben worden. Es war nicht bloß eine formelle Abwendung, weil die Wotschaft so war, die uns dazu zwang, dafür einzutreten, sondern es ist bei der Gesamtheit des Ministeriums auch die Übereinstimmung, daß wie es die politische Lage einmal war, das gleiche Wahlrecht nicht nur vorgelegt, sondern auch durchgebracht werden mußte (Widerdruck lösbar), damit die unerträgliche Spannung in unserem politischen Leben aufgehoben werde. Ein leicht Zweifel schien aus den Ausschreibungen des Vorredners darüber herzuzaubern, ob der Vizepräsident gestern richtig und wirklich geantwortet: Der Vizepräsident hat ganz kurz und präzise geantwortet: Ja! (Zustimmung redet.) Auch über die Stellung der Regierung zur Wotschaft ist gestern von dem Vizepräsidenten des Staatsministeriums eine kurze und bündige Erklärung abgegeben worden. Es war nicht bloß eine formelle Abwendung, weil die Wotschaft so war, die uns dazu zwang, dafür einzutreten, sondern es ist bei der Gesamtheit des Ministeriums auch die Übereinstimmung, daß wie es die politische Lage einmal war, das gleiche Wahlrecht nicht nur vorgelegt, sondern auch durchgebracht werden mußte (Widerdruck lösbar), damit die unerträgliche Spannung in unserem politischen Leben aufgehoben werde. Ein leicht Zweifel schien aus den Ausschreibungen des Vorredners darüber herzuzaubern, ob der Vizepräsident gestern richtig und wirklich geantwortet: Der Vizepräsident hat ganz kurz und präzise geantwortet: Ja! (Zustimmung redet.) Auch über die Stellung der Regierung zur Wotschaft ist gestern von dem Vizepräsidenten des Staatsministeriums eine kurze und bündige Erklärung abgegeben worden. Es war nicht bloß eine formelle Abwendung, weil die Wotschaft so war, die uns dazu zwang, dafür einzutreten, sondern es ist bei der Gesamtheit des Ministeriums auch die Übereinstimmung, daß wie es die politische Lage einmal war, das gleiche Wahlrecht nicht nur vorgelegt, sondern auch durchgebracht werden mußte (Widerdruck lösbar), damit die unerträgliche Spannung in unserem politischen Leben aufgehoben werde. Ein leicht Zweifel schien aus den Ausschreibungen des Vorredners darüber herzuzaubern, ob der Vizepräsident gestern richtig und wirklich geantwortet: Der Vizepräsident hat ganz kurz und präzise geantwortet: Ja! (Zustimmung redet.) Auch über die Stellung der Regierung zur Wotschaft ist gestern von dem Vizepräsidenten des Staatsministeriums eine kurze und bündige Erklärung abgegeben worden. Es war nicht bloß eine formelle Abwendung, weil die Wotschaft so war, die uns dazu zwang, dafür einzutreten, sondern es ist bei der Gesamtheit des Ministeriums auch die Übereinstimmung, daß wie es die politische Lage einmal war, das gleiche Wahlrecht nicht nur vorgelegt, sondern auch durchgebracht werden mußte (Widerdruck lösbar), damit die unerträgliche Spannung in unserem politischen Leben aufgehoben werde. Ein leicht Zweifel schien aus den Ausschreibungen des Vorredners darüber herzuzaubern, ob der Vizepräsident gestern richtig und wirklich geantwortet: Der Vizepräsident hat ganz kurz und präzise geantwortet: Ja! (Zustimmung redet.) Auch über die Stellung der Regierung zur Wotschaft ist gestern von dem Vizepräsidenten des Staatsministeriums eine kurze und bündige Erklärung abgegeben worden. Es war nicht bloß eine formelle Abwendung, weil die Wotschaft so war, die uns dazu zwang, dafür einzutreten, sondern es ist bei der Gesamtheit des Ministeriums auch die Übereinstimmung, daß wie es die politische Lage einmal war, das gleiche Wahlrecht nicht nur vorgelegt, sondern auch durchgebracht werden mußte (Widerdruck lösbar), damit die unerträgliche Spannung in unserem politischen Leben aufgehoben werde. Ein leicht Zweifel schien aus den Ausschreibungen des Vorredners darüber herzuzaubern, ob der Vizepräsident gestern richtig und wirklich geantwortet: Der Vizepräsident hat ganz kurz und präzise geantwortet: Ja! (Zustimmung redet.) Auch über die Stellung der Regierung zur Wotschaft ist gestern von dem Vizepräsidenten des Staatsministeriums eine kurze und bündige Erklärung abgegeben worden. Es war nicht bloß eine formelle Abwendung, weil die Wotschaft so war, die uns dazu zwang, dafür einzutreten, sondern es ist bei der Gesamtheit des Ministeriums auch die Übereinstimmung, daß wie es die politische Lage einmal war, das gleiche Wahlrecht nicht nur vorgelegt, sondern auch durchgebracht werden mußte (Widerdruck lösbar), damit die unerträgliche Spannung in unserem politischen Leben aufgehoben werde. Ein leicht Zweifel schien aus den Ausschreibungen des Vorredners darüber herzuzaubern, ob der Vizepräsident gestern richtig und wirklich geantwortet: Der Vizepräsident hat ganz kurz und präzise geantwortet: Ja! (Zustimmung redet.) Auch über die Stellung der Regierung zur Wotschaft ist gestern von dem Vizepräsidenten des Staatsministeriums eine kurze und bündige Erklärung abgegeben worden. Es war nicht bloß eine formelle Abwendung, weil die Wotschaft so war, die uns dazu zwang, dafür einzutreten, sondern es ist bei der Gesamtheit des Ministeriums auch die Übereinstimmung, daß wie es die politische Lage einmal war, das gleiche Wahlrecht nicht nur vorgelegt, sondern auch durchgebracht werden mußte (Widerdruck lösbar), damit die unerträgliche Spannung in unserem politischen Leben aufgehoben werde. Ein leicht Zweifel schien aus den Ausschreibungen des Vorredners darüber herzuzaubern, ob der Vizepräsident gestern richtig und wirklich geantwortet: Der Vizepräsident hat ganz kurz und präzise geantwortet: Ja! (Zustimmung redet.) Auch über die Stellung der Regierung zur Wotschaft ist gestern von dem Vizepräsidenten des Staatsministeriums eine kurze und bündige Erklärung abgegeben worden. Es war nicht bloß eine formelle Abwendung, weil die Wotschaft so war, die uns dazu zwang, dafür einzutreten, sondern es ist bei der Gesamtheit des Ministeriums auch die Übereinstimmung, daß wie es die politische Lage einmal war, das gleiche Wahlrecht nicht nur vorgelegt, sondern auch durchgebracht werden mußte (Widerdruck lösbar), damit die unerträgliche Spannung in unserem politischen Leben aufgehoben werde. Ein leicht Zweifel schien aus den Ausschreibungen des Vorredners darüber herzuzaubern, ob der Vizepräsident gestern richtig und wirklich geantwortet: Der Vizepräsident hat ganz kurz und präzise geantwortet: Ja! (Zustimmung redet.) Auch über die Stellung der Regierung zur Wotschaft ist gestern von dem Vizepräsidenten des Staatsministeriums eine kurze und bündige Erklärung abgegeben worden. Es war nicht bloß eine formelle Abwendung, weil die Wotschaft so war, die uns dazu zwang, dafür einzutreten, sondern es ist bei der Gesamtheit des Ministeriums auch die Übereinstimmung, daß wie es die politische Lage einmal war, das gleiche Wahlrecht nicht nur vorgelegt, sondern auch durchgebracht werden mußte (Widerdruck lösbar), damit die unerträgliche Spannung in unserem politischen Leben aufgehoben werde. Ein leicht Zweifel schien aus den Ausschreibungen des Vorredners darüber herzuzaubern, ob der Vizepräsident gestern richtig und wirklich geantwortet: Der Vizepräsident hat ganz kurz und präzise geantwortet: Ja! (Zustimmung redet.) Auch über die Stellung der Regierung zur Wotschaft ist gestern von dem Vizepräsidenten des Staatsministeriums eine kurze und bündige Erklärung abgegeben worden. Es war nicht bloß eine formelle Abwendung, weil die Wotschaft so war, die uns dazu zwang, dafür einzutreten, sondern es ist bei der Gesamtheit des Ministeriums auch die Übereinstimmung, daß wie es die politische Lage einmal war, das gleiche Wahlrecht nicht nur vorgelegt, sondern auch durchgebracht werden mußte (Widerdruck lösbar), damit die unerträgliche Spannung in unserem politischen Leben aufgehoben werde. Ein leicht Zweifel schien aus den Ausschreibungen des Vorredners darüber herzuzaubern, ob der Vizepräsident gestern richtig und wirklich geantwortet: Der Vizepräsident hat ganz kurz und präzise geantwortet: Ja! (Zustimmung redet.) Auch über die Stellung der Regierung zur Wotschaft ist gestern von dem Vizepräsidenten des Staatsministeriums eine kurze und bündige Erklärung abgegeben worden. Es war nicht bloß eine formelle Abwendung, weil die Wotschaft so war, die uns dazu zwang, dafür einzutreten, sondern es ist bei der Gesamtheit des Ministeriums auch die Übereinstimmung, daß wie es die politische Lage einmal war, das gleiche Wahlrecht nicht nur vorgelegt, sondern auch durchgebracht werden mußte (Widerdruck lösbar), damit die unerträgliche Spannung in unserem politischen Leben aufgehoben werde. Ein leicht Zweifel schien aus den Ausschreibungen des Vorredners darüber herzuzaubern, ob der Vizepräsident gestern richtig und wirklich geantwortet: Der Vizepräsident hat ganz kurz und präzise geantwortet: Ja! (Zustimmung redet.) Auch über die Stellung der Regierung zur Wotschaft ist gestern von dem Vizepräsidenten des Staatsministeriums eine kurze und bündige Erklärung abgegeben worden. Es war nicht bloß eine formelle Abwendung, weil die Wotschaft so war, die uns dazu zwang, dafür einzutreten, sondern es ist bei der Gesamtheit des Ministeriums auch die Übereinstimmung, daß wie es die politische Lage einmal war, das gleiche Wahlrecht nicht nur vorgelegt, sondern auch durchgebracht werden mußte (Widerdruck lösbar), damit die unerträgliche Spannung in unserem politischen Leben aufgehoben werde. Ein leicht Zweifel schien aus den Ausschreibungen des Vorredners darüber herzuzaubern, ob der Vizepräsident gestern richtig und wirklich geantwortet: Der Vizepräsident hat ganz kurz und präzise geantwortet: Ja! (Zustimmung redet.) Auch über die Stellung der Regierung zur Wotschaft ist gestern von dem Vizepräsidenten des Staatsministeriums eine kurze und bündige Erklärung abgegeben worden. Es war nicht bloß eine formelle Abwendung, weil die Wotschaft so war, die uns dazu zwang, dafür einzutreten, sondern es ist bei der Gesamtheit des Ministeriums auch die Übereinstimmung, daß wie es die politische Lage einmal war, das gleiche Wahlrecht nicht nur vorgelegt, sondern auch durchgebracht werden mußte (Widerdruck lösbar), damit die unerträgliche Spannung in unserem politischen Leben aufgehoben werde. Ein leicht Zweifel schien aus den Ausschreibungen des Vorredners darüber herzuzaubern, ob der Vizepräsident gestern richtig und wirklich geantwortet: Der Vizepräsident hat ganz kurz und präzise geantwortet: Ja! (Zustimmung redet.) Auch über die Stellung der Regierung zur Wotschaft ist gestern von dem Vizepräsidenten des Staatsministeriums eine kurze und bündige Erklärung abgegeben worden. Es war nicht bloß eine formelle Abwendung, weil die Wotschaft so war, die uns dazu zwang, dafür einzutreten, sondern es ist bei der Gesamtheit des Ministeriums auch die Übereinstimmung, daß wie es die politische Lage einmal war, das gleiche Wahlrecht nicht nur vorgelegt, sondern auch durchgebracht werden mußte (Widerdruck lösbar), damit die unerträgliche Spannung in unserem politischen Leben aufgehoben werde. Ein leicht Zweifel schien aus den Ausschreibungen des Vorredners darüber herzuzaubern, ob der Vizepräsident gestern richtig und wirklich geantwortet: Der Vizepräsident hat ganz kurz und präzise geantwortet: Ja! (Zustimmung redet.) Auch über die Stellung der Regierung zur Wotschaft ist gestern von dem Vizepräsidenten des Staatsministeriums eine kurze und bündige Erklärung abgegeben worden. Es war nicht bloß eine formelle Abwendung, weil die Wotschaft so war, die uns dazu zwang, dafür einzutreten, sondern es ist bei der Gesamtheit des Ministeriums auch die Übereinstimmung, daß wie es die politische Lage einmal war, das gleiche Wahlrecht nicht nur vorgelegt, sondern auch durchgebracht werden mußte (Widerdruck lösbar), damit die unerträgliche Spannung in unserem politischen Leben aufgehoben werde. Ein leicht Zweifel schien aus den Ausschreibungen des Vorredners darüber herzuzaubern, ob der Vizepräsident gestern richtig und wirklich geantwortet: Der Vizepräsident hat ganz kurz und präzise geantwortet: Ja! (Zustimmung redet.) Auch über die Stellung der Regierung zur Wotschaft ist gestern von dem Vizepräsidenten des Staatsministeriums eine kurze und bündige Erklärung abgegeben worden. Es war nicht bloß eine formelle Abwendung, weil die Wotschaft so war, die uns dazu zwang, dafür einzutreten, sondern es ist bei der Gesamtheit des Ministeriums auch die Übereinstimmung, daß wie es die politische Lage einmal war, das gleiche Wahlrecht nicht nur vorgelegt, sondern auch durchgebracht werden mußte (Widerdruck lösbar), damit die unerträgliche Spannung in unserem politischen Leben aufgehoben werde. Ein leicht Zweifel schien aus den Ausschreibungen des Vorredners darüber herzuzaubern, ob der Vizepräsident gestern richtig und wirklich geantwortet: Der Vizepräsident hat ganz kurz und präzise geantwortet: Ja! (Zustimmung redet.) Auch über die Stellung der Regierung zur Wotschaft ist gestern von dem Vizepräsidenten des Staatsministeriums eine kurze und bündige Erklärung abgegeben worden. Es war nicht bloß eine formelle Abwendung, weil die Wotschaft so war, die uns dazu zwang, dafür einzutreten, sondern es ist bei der Gesamtheit des Ministeriums auch die Übereinstimmung, daß wie es die politische Lage einmal war, das gleiche Wahlrecht nicht nur vorgelegt, sondern auch durchgebracht werden mußte (Widerdruck lösbar), damit die unerträgliche Spannung in unserem politischen Leben aufgehoben werde. Ein leicht Zweifel schien aus den Ausschreibungen des Vorredners darüber herzuzaubern, ob der Vizepräsident gestern richtig und wirklich geantwortet: Der Vizepräsident hat ganz kurz und präzise geantwortet: Ja! (Zustimmung redet.) Auch über die Stellung der Regierung zur Wotschaft ist gestern von dem Vizepräsidenten des Staatsministeriums eine kurze und bündige Erklärung abgegeben worden. Es war nicht bloß eine formelle Abwendung, weil die Wotschaft so war, die uns dazu zwang, dafür einzutreten, sondern es ist bei der Gesamtheit des Ministeriums auch die Übereinstimmung, daß wie es die politische Lage einmal war, das gleiche Wahlrecht nicht nur vorgelegt, sondern auch durchgebracht werden mußte (Widerdruck lösbar), damit die unerträgliche Spannung in unserem politischen Leben aufgehoben werde. Ein leicht Zweifel schien aus den Ausschreibungen des Vorredners darüber herzuzaubern, ob der Vizepräsident gestern richtig und wirklich geantwortet: Der Vizepräsident hat ganz kurz und präzise geantwortet: Ja! (Zustimmung redet.) Auch über die Stellung der Regierung zur Wotschaft ist gestern von dem Vizepräsidenten des Staatsministeriums eine kurze und bündige Erklärung abgegeben worden. Es war nicht bloß eine formelle Abwendung, weil die Wotschaft so war, die uns dazu zwang, dafür einzutreten, sondern es ist bei der Gesamtheit des Ministeriums auch die Übereinstimmung, daß wie es die politische Lage einmal war, das gleiche Wahlrecht nicht nur vorgelegt, sondern auch durchgebracht werden mußte (Widerdruck lösbar), damit die unerträgliche Spannung in unserem politischen Leben aufgehoben werde. Ein leicht Zweifel schien aus den Ausschreibungen des Vorredners darüber herzuzaubern, ob der Vizepräsident gestern richtig und wirklich geantwortet: Der Vizepräsident hat ganz kurz und präzise geantwortet: Ja! (Zustimmung redet.) Auch über die Stellung der Regierung zur Wotschaft ist gestern von dem Vizepräsidenten des Staatsministeriums eine kurze und b

Hinter der neuen Front.

Westfront, 23. April.

Die große Kanone.

Als wir am zweiten Tage der Angriffschlacht in den oberen Gräben südlich Saint Quentin umherkletterten, hörten wir alle vier Stunden einen dumpfen Schlag. Er quoll aus Südosten — aus weiter Ferne — und gitterte über das ganze Schlachtfeld hin. Es war der Rang der großen Kanone, die zum erstenmal Paris beschoss. Damals ein Witzel, vor dem die erfahrene Welt sich fragte — heute eine Waffe wie alle andern, eine Maschine, die mit selbstverständlicher Sanktionskraft jeden Tag ihren Dienst versieht.

Wenn aus blühender Frühlingslandschaft in die Höhe dieser Kanone gleich einem Riesenlahm sich in die Luft schraubt, wenn alle Kanoniere in die Erde fliehen, wenn die kleine Rührung einschlägt — dann verläßt ein Geschöpf die deutschen Linien, das über drei Minuten Zeit hat, ehe es sein Ziel erreicht. Drei Minuten liegt die Granate in den Händen hinein — durch schwundende Höhen, die kein Flugzeug je durchdrückte. Drei Minuten holt und gurgelt und flüstert und brüllt sie über den Wogen, ehe sie im Haufermeer der alten Hauptstadt von Europa zerprangt. Es ist eine grausame Wohlfahrt, die das neue Gesetz des Krieges bringt — nicht von Stumpf, nicht von den Kanonieren, sondern von dem ganzen deutschen Volk.

Dies Volk hat Paris und die Franzosen nie gehaßt. Es hat vier Jahre hindurch mit ihnen auf Leben und Tod gerungen — in gegenseitiger Achtung, aber immer gehaßt, daß eines Tages ihnen die Erkenntnis der Wirklichkeit fände, die für sie keine Gnade, sondern höchstens Entmündigung bedeuten hätte. Es hat ihnen dann einen Frieden vorschlagen — einen Vergleich — eine Versöhnung — ein Ende des Kriegs, das zwischen diesen beiden Nationen standlos und ohne leichte Wunde war. Auf dies alles haben die Franzosen, die Pariser uns nichts als die falsche Schulter gesetzt. Sie kämpfen für ein gedrosseltes Frankreich — nicht nur für Elsass-Lothringen, das wissen wir seit ein paar Wochen besser als je. Sie wollen Kampf. „Krieg!“ — sagte ihr erster Befreiter — „Krieg — Krieg!“

Auch haben sie ihn — seit vier Wochen. In der Picardie, im Artois, in Flandern. Sie werden ihn noch länger, noch bitterer, noch drohender leben. Sie haben ihn mittler in ihrer Stadt — auf der Straße — in den Geschäften — in der Kirche — in den Vögeln — im Theater — nachts und mittags. „Keine Ruhe mehr — Sonnen-Krieg — Krieg!“ — das ist die Wohlfahrt der deutschen Granate, wenn sie auf ihrer Flugbahn sich senkt, wenn sie brüllend, jaulend und ein klein wenig weinend wie ein Stern des Todes in die Lichtstadt purzelt.

This was Estrie.

Wir kamen müde aus Richtung Montdidier und nahmen den Weg über die alte Römerstraße, wo man noch keine Karte braucht, denn die Straße führt eine Stunde lang schmierig nach Süden. Es dämmerte und die Abschüsse der Batterien von Albert begannen wieder zu läuten. Nördlich Lihons fuhren wir in das Kampfgebiet der alten Sommervchlacht ein.

Die hohen Kapellen längs der Straße sämlich abgesplittet — manns hoch die roten Stümpe in den Abendhimmel ragend. Rechts und links Grüber — französische Schleisen davon, ganze Friedhöfe — direkt hinter der Stellung. Randmauer sonst und piektäglich mitten zwischen die Grüber hineingedrückt. Die ehemaligen Tüder und Weisen — eine Menge von verkrachten Trümmern — riefragt noch allen Seiten in der Dämmerung verschwindend — ein erstautes gefrorenes Meer von sanften Wollwülzeln und Wellenläufen — grün überzogen, aber nur mit dünnem Gras. Und es hätte nicht auf — filigraneweit — immer dieses dunkel wogende, tödsgeladene Meer.

Plötzlich liegt am Wege ein zoter Steinhausen. Ein einziger kleiner Steinhaufen, zusammengefegt aus roten Ziegeln, und darüber ein Metallblech und daneben eine graue weiße Tasche mit schwarzem englischer Aufschrift: „This was Estrie“ (Das war Estrie) — Estrie! — Estrie! — Wir nehmen die Karte. Richtig. Dies ist die Römerstraße, auf der die Hollsteiner im Sommer 1918 lagen. Der Wogen hält. Dori dröhnen — richtig — der Wald von Denicourt, in dem die Krieger Maschinengewehre zur Abwehr standen. Und der Park, den wir in Ruhe brennen sahen. Und Berny und das „Sternwälchen“ und all die anderen blutigen Stationen aus dieser Leibenschlacht. — Aber wo ist Estrie? Wo der kleine Stumpf Nordkurs, den wir taglang begangen — wo die Pappel, auf der der Baumstumpf nachts lag — die Häuser, aus denen Franzmann mit seinen Krienerwertern „Wutheuer“ schob — das Schuhhaus, an dem unser vorherige Sappe endigte? Wo ist Estrie?

Es ist nichts mehr da — gar nichts — nicht eine einzige Mauer. Estrie ist keine Ruine — noch nicht einmal ein Trümmerhaufen wie Boraume. Estrie ist weggeblieben — abgerissen — verkümmt. Eine hüne grüne grüne Eide lebt sich über das ehemalige Strahendorf. Und ein paar verhängte rote Steine in den beschädigten Wänden sind alles, was an seine früheren Heimstätten erinnert. Und darum schreien die Engländer hier nicht wie an die übrigen Töpfe: „This is —“, sondern grausich und melancholisch zugleich: „This was — This was Estrie.“

Kh. Dr. A. Röper, Kriegsberichterstatter.

Deutsches Reich.

Ernährungsfragen im Ausschuß des Reichstags.

Zur Erdeckerung der Maßnahmen, die das Ernährungsamt im vorherigen Jahre auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung unternahm, ist vom Reichstag ein Ausschuß eingesetzt, der mit seinen Beratungen am Mittwoch den 1. Mai beginnt.

Staatssekretär v. Waldbauer wies in der Uebersicht, die er über den Stand der Lebensmittelversorgung gab, darauf hin, daß wir die Ernährung nur aufrecht erhalten können, wenn aus der Ukraine die in Ansatz gebrachte Einfuhr tatsächlich erfolgt. Einige Transporte seien eingetroffen, man müsse abwarten, wie sich die Einfuhr weiter gestaltet. Da der Kornverversorgung besteht die Hoffnung, daß wir auskommen. Wahrscheinlich werde man mit einer Herabsetzung der Fleischration reduzieren müssen, sobald wir wieder mehr Getreide haben. Die Butterversorgung weise großen Rückzug auf und wir hätten eine Rationierung von 70 Gramm nicht geben können, und wir hätten eine Rationierung von 70 Gramm nicht geben können, wenn nicht die Margarineproduktion auf das Doppelte ansteigen würde. Bei der Versprechung tadelte Mayinger (SPD), daß die Ernährung nicht schon im Herbst vorigen Jahres herabgesetzt wurde. Held (SPD) fragt über die Folgen der umfangreichen Viehhabschließungen; ungünstigste Anordnungen dazu gestellt, daß die Magenmildre nicht zur Aufzucht der Käse herangezogen werden könnten. Jetzt verhindere man in der Provinz Hannover Eier und Butter zur Käseherstellung. Binder (SPD) weiß auf die hohen Fleiselpreise hin und verlangt die Absezung von Fleischwaren. Die Fleischabzöpfe seien eine unbedeutende Bedeutung an die Landwirtschaft. Wuttmann (Unabh. Soz.) bespricht den Schleißhandel, der unterdrückt werden müsse, aber man sollte die Energie nicht gegenüber denjenigen enthalten, der sie vom Lande eintretende Nahrungsmittel hole. Stuhmeier (SPD) befürchtet, daß die Rationierung der Ernährung nicht zu umgehen sei. Wie die Verbesserung dies erzielen werde, sei schwer zu sagen. Redner schlägt den Hinweg, daß offizielle großen Menschen Lebensmittel aus den Kapplengebieten herausschaffen lassen, um zahlreiche Familien reichlich zu versorgen. Die Soldaten müssen die Verteile der

Offiziere, wenn sie im Urlaub gehen, mitnehmen, während sie selbst nichts erlangen können. Mit diesem Unfall müsse die Militärverwaltung endlich aufzumachen. Wenn in Hannover Eier und Butter an Schweine verfüllt werden, so ist das ein Beweis, daß die Kontrolle auf dem Lande ungenügend ist.

Die sozialpolitischen Vorlagen im Reichstage.

Am Mittwoch wurde im Reichstage die erste Beratung zur Aufhebung des ungültigen § 153 der Gewerbeordnung in seiner Einmächtigkeit der Parteien durchgeführt — mit Ausnahme selbstverständlicher der Konservativen, für die selbst diese Selbstverständliche Reform zuviel an Selbstverleugnung fordert. Daß sie sich dabei der Begleitheit eines Teiles der Nationalliberalen erfreuen, ist ja nach den Erfahrungen in der Wahlrechtsfrage schon Tradition. Unter Genosse Ebert ließ keinen Zweifel darüber, daß ja sehr der Fall des § 153 als ein offensichtlicher Fortschritt begrüßt werden kann, noch weitere schwere Gefahren für das Koalitionsrecht der Arbeiter bestehen, die in Zukunft auch bedeutend werden müssen. — Die Begründung des Entwurfs des Arbeitskammergesetzes war etwas zufälliger. Er zeigt große Mängel und ist zweifellos von einem nicht unbeträchtlichen Missbrauch gegen die Arbeiter getragen. Er wird, um seine Wirkung wie seine Absicht nicht zu verfehlern, wohl noch eine bedeutende Umänderung erfahren müssen, wie Genosse Legion in längeren kritischen Ausführungen nachwies.

„Es wird sehr viel Geld gebraucht.“

Die annexionsistischen Altkonservativen arbeiten unter zahlreichen Masken für den „Gewaltfrieden“. Neuerdings entfalten ein „Freier Ausdruck für einen deutschen Arbeitersieden“ eine eifige Verbreitung. Von Bremen aus versendet er ein Petrar, in dem dem „internationalen sozialistischen Verständigungskrieg“ ein „rein nationaler deutscher Friede“ entgegengelebt wird. Angeblich soll dadurch „die Arbeiterschaft vor Not und Elend“ geschützt werden. Leider hat der „Freie Ausdruck“ mit der Begriffsstufigkeit der deutschen Arbeiter zu rechnen. Deshalb liegt er in seinem Circulat:

„Wir müssen gestehen, daß zwar diese Erkenntnis in dem größten Teil der deutschen Arbeiterschaft besteht, aber durch die gewerkschaftliche und politische Stellung ein großer Teil der deutschen Arbeiterschaft es nicht wagt, die vaterländischen und nationalen Empfindungen voll und ganz zum Ausdruck zu bringen. Ferner wissen wir, daß viele Tausende nur als Mittäuber den größten Schreien folgen, ohne sich der Folgen bewußt zu sein. Hiergegen wollen wir anstrengen. Wir müssen Auflärung schaffen in allen Teilen Deutschlands im Sinne eines guten Friedens. Dazu gehören viele Mittel. Wollen wir noch weiterhin den Kampf gegen die Internationalen führen, dann ist der Kampf schwer, und es wird sehr viel Geld gebraucht. Wir bitten deshalb um Unterstützung in diesem Kampf. Eine jede Spende ist und herzlich willkommen. Wir sind so frei, eine Ballotur bezulegen, und danken im voraus für freundliche Nebenweisung.“

Man gibt wohl in der Annahme nicht fehl, daß der eigentliche Zweck der Uebung ist, den Beutel des „Freien Ausdrucks“ zu füllen, da, wie ohne weiteres anzunehmen ist, „sehr viel Geld gebraucht wird“.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Eine Kundgebung gegen Seßler.

Prog. 2. Mai. Eine außerordentliche Volksversammlung des Deutschen Volksrates für Söhnen, die in Russland lagern und ungewöhnlich stark besucht war, führte unter stürmischer Zustimmung folgende drei Entschließungen: Erstens werden der sofortige Rücktritt des Ministerpräsidenten von Seßler und die vollständige Absetzung von dessen System verlangt. Von dem deutschen Abgeordneten wird zur Erfüllung dieser Forderung die rücksichtlose Opposition unter allen Umständen gefordert. In der zweiten Entschließung, die die Ernährungsfragen behandelt, wird der Vorsitz des Deutschen Volksrates beansprucht, gemeinsam mit den Abgeordneten oder auch allein alles zu tun, was nötig ist, die Hungersnot in Deutschböhmen zu bannen. Sollten wir, so heißt es, im eigenen Staate keine Hilfe finden, dann bleibt uns nur die Flucht zu unseren deutschen Brüdern im Deutschen Reich übrig, und wie wissen, Deutschland verläßt seine Söhne nicht! Ferner soll eine Audienz beim Kaiser in dieser Sache erwünscht werden. In der dritten Entschließung wird eine Aktion zur Gründung einer deutschen Gemeinschaft begrüßt, da nur auf diesem Wege eine Befriedung der deutschen Politik zu erwarten sei.

Frankreich.

Der Prozeß gegen die Leute vom Bonnet Rouge.

Der Los Angeleser meldet aus Bois: Gestern nachmittag begann vor dem Kriegsgericht der Prozeß des Zeitung Bonnet Rouge. Eine Anzahl von Personen ist des Einverstandens oder des Handels mit dem Feinde beschuldigt. Etwa 10 Zeugen werden vernommen werden. Der Prozeß wird mehrere Tage dauern.

Großbritannien.

Die Einführung der Dienstpflicht in Irland verschoben.

London, 1. Mai. (Neuter.) Es ist eine königliche Verordnung erschienen, durch die das Infrastruktur des Dienstpflichtgeleyes für Irland verschoben wird. Daily News meldet dazu, daß die Regierung sich entschlossen hat, bezüglich der Einführung der Dienstpflicht in Irland in den nächsten Wochen eine abwartende Stellung einzunehmen, bis sie beurteilt kann, welchen Erfolg die Homebill nächstes Jahr haben wird. Die Regierung hofft, die Homebill nächstes Jahr einbringen zu können.

Schweden.

Gegen die Grausamkeiten der Weißen in Finnland.

Die sozialdemokratischen Parteien der drei finnischen Staaten haben besonnen eine gemeinsame Erklärung gegen die schreckliche Grausamkeit der Weißen zu erheben. Am 1. Mai schreibt der Parteivorsitzende Kochdrud zu geben, haben sich jetzt je zwei Vertreter der beiden sozialdemokratischen Parteien Schwedens zum finnischen Gesandten in Stockholm begeben und ihm ein ähnliches Protestschreiben gegen die Grausamkeiten der Weißen zur Übermittlung an seine Regierung eingehändigt. Der Gesandte lehnte die Annahme des Auftrages ab, weil der Prozeß eine ungünstige Entwicklung in Finnland innere Anklagebedenken lei. Darauf erwiderte die Deputation, daß in diesen Rechten alle Staaten von den gleichen Gesetzen bedroht würden und daß die internationale Verständigung wichtiger sei als die Scheu vor fremder Grausamkeit. Auch habe ja Finnland selbst ausländische Grausamkeit erlitten. Der Gesandte verblieb demgegenüber auf seinem ablehnenden Standpunkt.

Amerika.

Berüttelte Deutsche.

Zan Braniolo, 1. Mai. Die Deutschen Sowje, Süßere Generalrat und von Schmid wurden jeder zur Konfession von zwei Jahren Justiz und 10 000 Dollar Geldstrafe verurteilt wegen Verleugnung der Neutralität der Vereinigten Staaten durch Lebensländer zwecks Errichtung einer Verschwörung in Südtirol. Der frühere deutsche Ministerpräsident von Brandenburg wurde zu zwei Jahren der Agent des Norddeutschen Lloyd, Kapitän, zu 12 Monaten Gefängnis, die anderen Angeklagten zu geringeren Strafen verurteilt.

Gewerkschaftsbewegung.

Aus der Buchdrucker-Internationale.

Der Verteil des Internationalen Buchdrucker-Sekretariats berichtet hierzu einen großflächigen Situationsbericht. Weltweit für 1917 teilten die Verbände in Bulgarien, Rumänien, Deutschland, Österreich, Jugoslawien, Serbien, Griechenland, Spanien, Portugal, Italien, Frankreich, Belgien, Schweiz und Irland. Im Jahre 1918 gehörten 19 Buchdruckerorganisationen dem Internationalen Sekretariat an. Das Typographenbund für die romanischen Sprachen hat aufgefordert, so existieren einige Verbindungen mit dem Schweizerischen Typographenbund. Deutlich hätten die Verbände in Bosnien und Herzegowina, Serbien, Rumänien, Italien, Frankreich, Polen, Finnland und Griechenland die Beziehungen zur internationalen Organisation unterbrochen, zum Teil wohl auch die eigene Tätigkeit. England und Amerika standen schon vorher abseits; in Irland gab es noch keine Organisation, geschweige eine einheitliche. Das Internationale Sekretariat meint, daß alle diejenigen Verbände einen Beitrag erbracht haben, die nicht davon durch einen zwangsläufigen Stand verhindert sind. Den zweitgrößten Grund kann man unserer Meinung nach nur für diejenigen Landesorganisationen gelten, die selbst nicht mehr funktionieren unter der Wirkung der Kriegswirtschaft. Wenn das Sekretariat die weiterzählenden Centralverbände erfaßt, nochmals einen Beitrag von 8 Mrd. für das arbeitende Mitglied abzuführen, damit keine finanziellen Mittel zur Durchsetzung der Aussichten reichen, so wird dem Sicherheitsrat entsprechend die Erhaltung des Internationalen Buchdrucker-Sekretariats ist das Verdienst derjenigen Organisationen, die sich auch durch den Krieg nicht betören lassen in dem internationalen Zusammenhang. Im übrigen unterstreichen wir den Sag des internationalen Sekretärs: „Eine Lehre ist aus den Erfahrungen der gewöhnlichen Zeit mit aller Deutlichkeit zu ziehen, nämlich diejenige, daß das internationale Befreiungswerk der Arbeiterschaft im Gutsten fehlt, mindestens mehr, als es vorhanden war.“

Aus aller Welt.

Raubanfall im Lustgarten.

Ein überaus bewegter Raubanfall, zu dessen Vollführung sich die Täter eines Automobils bedienten, ist im Lustgarten in Berlin verübt worden. Der Sohn eines Bankdirektors, hatte bei der Reichsbank 5000 M. abgehoben, die er in einer Geldbörse unter dem Arm trug. Als er gegen 12½ Uhr den Lustgarten passierte, hielt in seiner Nähe auf dem Fahrbahn ein graues Fahrzeugautomobil, dessen Führer sich am Motor zu schaffen machte. Der Banksohn ging abwinkend an dem Wagen vorbei, als sich plötzlich ein junger Mann, der ihm schon länger folgte, auf ihn stürzte, ihm die Tasche entriff und dann schnell in das Automobil sprang. Zugleich legte der Führer den Wagen in Gang, der in rascher Fahrt in der Richtung gegen die Brandenburger Tor auffuhr und trotz der sofort aufgenommenen Verfolgung entkam.

Für 26 000 M. Stoffe und Blumen gestohlen.

In die Geschäftsräume der Blumenkonfektion von Blumen u. Pottiger in Berlin im zweiten Stock des Deutschen Kommandantenstrasse 18, drangen die Diebe ein. Sie haben eine schwere, Eisenbeschlagene und durch gute Schlösser und Querungen gesicherte Tür aus den Angeln, bogen die Stangen auseinander, stellten die elektrische Leitung ab, suchten für 14 000 M. Crepe-de-Signe und für 11 000 M. fertige Blumen aus und entkamen unangefochten mit der Beute. Die bestohlene Firma zieht auf die Wiederbeschaffung des gestohlenen Gutes eine Belohnung von zehn Prozent des Wertes aus.

Auf dem Gebäude der russischen Botschaft, unter den Linden, steht seit Dienstag nachmittag die rote Fahne der russischen revolutionären Regierung. Die Söhne sind weit gefragt. Man bereitet sich auf den Eingang der Berliner Vertretung der russischen Regierung vor. Der Volkskommissar Herr Tschiff wird am Freitag das Haus unter den Linden besiedeln. Gestern abend häuteten sich unter den Linden die Revolutionäre vor dem Reichstagsgebäude und blickten blass zum Fahnenmast, von dem das rote Tuch lustig im Winde flatterte.

Feuerbrunst.

Der Maina meldet aus Rom: Die große Metallindustrie Schier ist zum größten Teil durch eine Feuerbrunst zerstört worden. Die Fabrik arbeitete für die Landesverteidigung und stellte größtenteils Sitzgänger für Granaten her.

Eine friedensfreudliche Millionärin.

In Romas Ein ist die Frau des Millionärs Phelps Stokes verhaftet und angeklagt worden, weil sie in einem Brief an die Redaktion einer Zeitung geschrieben hat, der Krieg durch Krieg bewirken, sie aber durch dem Volk, darum sei sie gegen Regierung und Krieg. Auch soll sie pazifistische und englischfeindliche Reden gehalten haben. Die Anklage wurde gegen Bürglichkeit von 40 000 Mark vorläufig wieder auf freien Fuß gesetzt.

Die Luftpost in der Sahara. In der transsaharischen Sahara wurde jetzt, wie der Argos berichtet, erstmals ein Luftpostverkehr eingerichtet, und das Blatt teilt mit, daß es momentan den ersten auf diese Weise beförderbaren Brief erhalten habe. Die Sendung kam aus In-Salah, das ungefähr in der Mitte des Weges zwischen der Mittelmutter und dem Niger liegt. Von In-Salah wurde der Brief bis nach Biskra nach Paris weiter. Bisher dauerte der Kurierverkehr von In-Salah nach Biskra dreizehn Tage. Die Luftpost braucht drei Tage, und zwar war die Reise in drei Etappen eingeteilt. Am ersten Tage wurde die 360 Kilometer lange Strecke In-Salah-Hassi-Milieh zurückgelegt, am zweiten Tage die 340 Kilometer lange Strecke Hassi-Milieh-Chaouela, am dritten die 387 Kilometer lange Strecke von Chaouela nach Biskra. Das Blatt berichtet, daß zum ersten Mal ein Flugzeug in den genannten Gebieten gelandet sei. Man hofft, den Luftverkehr in Zukunft bedeutend verbreitern zu können, da bei dem ersten Verlauf alle Flugzeuge von verhältnismäßig geringer Geschwindigkeit beworfen wurden.

Vorbericht der sächsischen Landeswetterwarte

für den 3. Mai 1918;

Keine wesentliche Änderung.

Gelesene Nummern der Volkszeitung bitten wir nicht wegzurüsten, sondern zur Gewinnung neuer Abonnenten weiterzugeben. Es ist Pflicht eines jeden Parteivertreter, für sein Parteiblatt zu werben.

Unsere große Auswahl

in Blusen ist unbedingt sehenswert!

Duftige Blusen in weiß und zartfarbig, aber auch besonders praktische Blusen in festen, dichten Stoffen bieten wir Ihnen sehr vorteilhaft und zu verhältnismäßig günstigen Preisen. [S 176]

Bluse

in flotter Sportform, in feingestreiftem Crepvoile, mit Aermelaufschlägen, offen u. geschlossen zu tragen . . .

13⁵⁰

Bluse

in ganz fein Wiener Zeller, wundervolle Stoffqualität, prakt., leichte Sportbluse, in vorzügl. Ausarbeitung, mit Perlmuttknöpfen . . .

15⁵⁰

Bluse

in weiß Schleierstoff, mit besticktem Vorderteil, langen Manschetten und hübschem Kragen . . .

17⁵⁰

Bluse

in feinem, ganz besticktem Batist, jugendliche, flotte Form . . .

24⁵⁰

Bluse

in feinpunktiertem Schleierstoff, weißgrundig, m. reizv. farbigen Punkten od. Blümchen . . .

26⁵⁰

Bluse

in weißem Schleierstoff, mit reich besticktem Vorderteil, neuem, großem Kragen, mit reicher Stickereiverzierung und reichen Hohlsäcken . . .

28⁵⁰

Bluse

in feischer Sportform, in vorzüglich. weiß panamaartig Stoffen, mit großem Perlmuttknopf und Sporttaschen . . .

29⁷⁵

Bluse

in weiß Seidenstoff, allerbelleste Neuheit, mit reizend besticktem Vorderteil, groß. Modekragen und hübscher Spitzenverzierung . . .

33⁰⁰

Bluse

in weiß Crep de Chine, vorzügliche Seide, mit gestreiftem Seidenkragen . . .

52⁰⁰

Bluse

1. weiß Schleierst., m. reich. entzück. Handstickerei und Handfillet, feisch. groß. Modekragen, dieser mit reichen Säumen u. Spitz. verziert

58⁰⁰

Bluse

in ganz besticktem Prima-Schleierstoff, mit großem Modekragen und breiter Stickereiverzierung . . .

31⁵⁰

Bluse

in zart rosa und weiß Crep de Chine, mit farbiger, zierlicher Seidenblende und Handstich . . .

65⁰⁰

Messow & Waldschmidt

Goz. Verein Dresden-U.

Freitag den 3. Mai, abends 8^{1/2} Uhr:

Gruppen - Versammlungen

in folgenden Lokalen:

- 1: Restaurant Zum Bürgerbräu, Altmarkt 8
- 2: Restaurant Wölfele, Lößnichtstraße 35
- 3: Restaurant Adam, Knauthofstraße 16
- 4: Restaurant Wilsdruffer Vorstadt, Freiberger Straße 9
- 5: Dresdner Volkshaus, Ritterbergstraße
- 6: Restaurant Scholze, Schönstraße 62
- 7: Restaurant Emil Müller, Elisenstraße 57
- 8: Restaurant Verbit, Zwingerstraße 81.

Tages-Ordnung:

- 1. Vorstandssitzung. — 2. Stellungnahme zur Landesversammlung. — 3. Vorschläge zu zwei Delegierten. Zahlreiches Erscheinen erwartet Der Vorstand.

Alle Namen werden nebst ihren Angehörigen hierdurch nochmals zu dem Sonnabend den 4. Mai, abends 8 Uhr, im Volkssaal, Trabantenstraße, hattfinden.

Bunte Abend

herlich eingeladen. [B 189]

Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehem. Kriegsteilnehmer. Ortsgruppe Dresden.

Die Versammlung am 3. Mai findet nicht statt.

SARRASANI

Allabendlich 7^{1/2} Uhr — Sonntag 7 Uhr —, Sonntagsabend, Sonntag, Mittwoch auch 3 Uhr

DARBIETUNGEN: [S 60]

WIE SIE DRESDEN BISHER NIE SAH!

MAZEPPA

od. DER AUFSTAND IN DER UKRAINE

DAS GRÖSSTE SCHAUSTRÜCK.

Gastspiel des berühmten Zaubermeisters

ERNST THORN

VORVERKAUF: RESIDENZ-KAUFHAUS

Sarrasani - Toreadero: 7^{1/2} bis 10^{1/2} Uhr Stimmungskabarett

Musenhasse

Verein Lützow, Kesselad. Str. 17, Straßenkabinett 7, II, 22

ab 2. Mai täglich 8.10 Uhr. Neue Truppe!

O. Mielkes Schauspiel-Etablissement a. Magdeburg

Vollständig m. Gesang

und Tanz

in vier Akten.

Das Liebchen v.

Nachstübchen! Neu für hier!

Jeden Sonntag 2 Vorstellungen. Tagl. Vorverkauf.

Ab nächstmoment 1 Platz 20 Pf.

6. sächsischer Reichstagwahlkreis

Aus Anlaß des hundersten Geburtstages

Karl-Marc-Seier

Sonntag den 5. Mai im Goldenen Löwen in Potschappel

Reichstagabgeordneter Mr. Cohen, Berlin, Feltzede / Dresdner Trio: Franz Wagner (Klavier), Fritz Schneider (Violine), Hans Bottermund (Cello) / Dr. Max Albertz, Director des Albert-Theaters / Rezitation / — Zum Schluß: Gemeinsamer Gesang —

Preis der Karte 50 Pf. — Beginn 7 Uhr

Wir richten an unsere Mitglieder aller Bezirke daß dringende Erfuchen, sich zahlreich zu dieser künstlerischen Veranstaltung einzufinden zu wollen. [S 458] Der Vorstand.

Colosseum-Theater

Freiberger-Pl. 20

Freitag den 8. Mai
Erstaufführung

Ellen Richter

die große Künstlerin in ihrem Heiligen Roman:

[S 176]

Und führe uns nicht in Versuchung

Der Badeengel

Reizendes Lustspiel in 2 Akten.

Der Schatzgräber.

Räuber für die Jugend. Volksbuchhandlung.



Deutscher Textilarbeiter-Verband
Bezirk Dresden und Umgegend.

Als Opfer des Völkerkrieges fiel im Westen unser lieber Kollege

[S 610]

Otto Robert Glasmann

aus Meuselwitz. Er war und allen ein lieber Freund und wackerer Kollege. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Die Gesamtverwaltung.



Brüderlich und unterwarter erhielt er mit der erschütternden Nachricht, daß am 21. April mein einiger, hoffnungsvoller Sohn, unser lieber, guter Bruder und Schwager

Willi Wendt

Soldat im Infanterie-Regiment 172. 4. Kompanie im blühenden Alter von 19 Jahren dem grauenen Völkerkrieg zum Opfer gefallen ist.

Zu unternahmene Ehre:

Der uehrbare Unter Gustav Wendt, als Schauspieler Martha, Flora, Johanna und Elsa Tschauder geb. Wendt.

Max Tschauder als Schauspieler, j. g. im Felde.

Wieder, den 2. Mai 1918.

Du aber, lieber Sohn und Bruder, ruhe sanft in fremdem Erden — Groß war unsre Hoffnung, vernichtet ist dein Glück. — Verdacht geblieben, wird unsern Ednen verwöhnen.

4. Wahlkreis, B zirk Trachenberge.

Nachruf.

Den Gedenken zur Kenntnis, daß unser altes braves Mitglied, der Schneidermeister

[S 440]



Friedrich Dreyer

am 28. April im Alter von 76 Jahren verstorben ist. Der Verlobte wählte zu den besten Menschen unter Paradies, der er schon von Jugend an angehört und für die er noch, trotz seinem hohen Alter, immer rege warb und Altersarbeit leistete. So gab er den jungen Menschen ein gutes Beispiel. Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten! Die Verwaltung.

Ab Donnerstag

Harry Piel

mit ganz neuen, tollkühnen und gewagten Tricks in

Das amerikanische Duell

Sensations- und Detektivdrama in

5 Akten.

Spannend! Interessant!

4. Kreis

Montag den 6. Mai

abends 7^{1/2} Uhr

Vorstandssitzung

im Jugendheim.

Deutsche Männer

müssen bei Beobachtung von

Tierquälereien

einschreiten und dies nicht tier-

freundlichen Damen allein

überlassen. [S 28]

Alter Tierschutzverein.

Gemüse- u. Blumenkämen

Bohn., Erbsen, Tabakkamen,

Esel-Komfrej, Blasenschafott,

Meerrettichblät., Kartoffel-

stiel, von Blaue Odenwälder,

Harzberger, Atlanta, fr. Zuck-

lieferei von Anfang Mai an.

Vorausbefestigung erbeten.

Düngestoff, Kalkit, Gemüse-

pflanzen. [S 23]

Jahn & Hampel

Gemüsehandlung

Dresden, Jahnstr. 4, Tel. 18101

Schafot. 650, Bütte 600, Soja

in, Hanfu 900, Laub, Peitsch. m.

Blatt. 60., edd. 100, Kleider- u.

Wäsche, Schafelongue 68,4

Größe, Herdimandstraße 10, p.

Reichstag.

155. Sitzung. Mittwoch, 1. Mai 1918,
nachmittags 1 Uhr.

Am Sondersitzung: Herr v. Stein, Schenk.
Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Entwurfs
gegenüber.

Aushebung des § 153 der Geheimerordnung.

Abg. Beder-Künßberg (B.): Bei der Aushebung des § 153 der Geheimerordnung handelt es sich um eine alte Forderung des Zentrums, denn zweitens bedient dieser Paragraph ein Ausnahmegesetz, das unbedingt fallen muss. Allerdings bedarf das Koalitionsrecht nicht nur der hier vorgegebenen negativen, sondern auch einer positiven Regelung. Dem eingebrochenen Entwurf stimmen wir ohne Ausdrucksberatung zu.

Abg. Ober (Soz.):

§ 153 ist ganz zweifellos ein Ausnahmegesetz, denn gegen Arbeitgeber ist er nicht anwendbar, sie haben genug wirtschaftliche Möglichkeiten, um dem Paragraphen aus dem Wege gehen zu können. Das gibt ganz unumwunden jetzt auch die Regierung in ihrer Begründung zu. Der Paragraph hat einen sovieldeutigen und gefährlichen Charakter, dass selbst bei den harmlosesten Zusammenstößen in wirtschaftlichen Kämpfen auf harte Gefängnisstrafen für Arbeiter erkannt werden kann. Dem allgemeinen Rechtsempfinden wird mit diesem Paragraphen geradezu im Gesicht gesägt. Kein Zweiter, doch keine Handhabung an einer blödsinnigen Quelle tiefster Schärfe für die Arbeiter werden muss. Alle gewerkschaftlichen Arbeitersorganisationen ohne jede Absicht auf die politische und religiöse Stellung ihrer Mitglieder stimmen in der Beurteilung dieses Paragraphen überein. Seine Handhabung bildet ein recht düsteres Kapitel,

das bei der innerpolitischen Entwicklung des Reiches eine verhängnisvolle Rolle gespielt hat und höchstens mit dem heutigen Tage seiner Wirklichkeit findet. Wir verlassen seine Worte, doch auch noch der Annahme der Vorlage nach erwünscht seien die Ausübung des Koalitionsrechts bestehen. Sind doch Sicherer, die im wirtschaftlichen Tagesschlaf lediglich die Interessen ihrer Kameraden vertreten, auf Grund des Expressionsparagraphen zu schweren Gefängnisstrafen verurteilt worden. Auch ist mit der Annahme der Vorlage leider noch nicht allen Arbeitern das Koalitionsrecht gesichert. Der Weiterzug bleibt hier noch eine große und dringende Aufgabe, doch wäre es vorlett, die heutige Vorlage damit zu belasten. Sie bildet einen ersten Schritt, und diesen gilt es zunächst sicherzustellen. Wir beschließen mit der gleichen Erledigung ohne Kommissionserörterung einverstanden und werden der Vorlage zustimmen. (Applaus bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Doe (Sp.): Wir stimmen der Vorlage zu. Der Unterschied hat seinerzeit den Anstoß dazu gegeben, dass der Expressionsparagraph Kollektivverträge von Organisation zu Organisation zu erhalten. Hier liegt eine Ausnahmebestimmung vor, die bestätigt werden muss.

Abg. Dr. Funk (noll): Eine Minderheit meiner Freunde hat Bedenken gegen die Vorlage, die Mehrheit meiner Freunde dagegen stimmt ihr ohne Kommissionserörterung zu.

Abg. Schiele (L): Es handelt sich hier nicht nur um eine soziale, sondern auch um eine politische Frage. Rücksicht auf § 153 der B. O. so werden die wirtschaftlichen Kämpfe eine noch größere Schärfe annehmen. Man kann hier nicht von einem Ausnahmestatut sprechen, sondern der Paragraph soll daher neuen den

Terrorismus der Streitenden geben. Wie können seine Aushebung daher nicht billigen. (Stimme bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Behrens (D. Kraft): Die Gewerkschaften haben alles getan, um das Durchhalten in der schweren Kriegszeit zu ermöglichen. Ihre einmütigen Forderungen nach man also Forderung tragen.

Abg. Jädel (M. S.): Nach meinen politischen Freunden begriffen die Regierungsvorlage und erbliden in ihr einen Fortschritt. Gerade der Abg. Schiele ist am wenigsten befugt, über Terrorismus zu sprechen — gehört er doch jenen Kreisen an, die den kriminellen Terrorismus gegen nichtwillige Unternehmen angewandt haben.

Abg. Riemann (Vole) erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit der Vorlage.

Die Debatte schließt. Die zweite Lesung wird im Plenum erfolgen.

Es folgt die erste Beratung des Entwurfs eines

Arbeitskammergesetzes.

Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts Ihr. v. Stein:

Wir müssen die Kräfte für den wirtschaftlichen Kampf, den und die Feinde für die Zeit nach Ende des Krieges auf das ernsthafte androhen, zusammenholen. Eines der wichtigsten Probleme ist dann die Regelung des Arbeitsmarktes. Die Missionen, die den Waffentrost ausüben und den Arbeitsmarkt ansiehen werden, werden dann den Arbeitsmarkt sehr verändert wiedersehen, dass dann seine schweren Einschränkungen eintreten, was eine unerlässliche Voraussetzung sein wird. Dazu soll auch das Arbeitskammergesetz dienen. Auf dem Gebiet der Regelung des Arbeitsmarktes besteht sich die einheitlichen Zusammenarbeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in weitem Feld der Tätigkeit. Ein dauerndes Zusammenarbeiten ist aber nur durch den genauer Kenntnis der einschlägigen Verhältnisse, und deshalb halten wir an dem

fachlichen Aufbau der Arbeitskammern

schrift. Auch die Bedenken gegen die Einbeziehung der Eisenbahner in das Gesetz, die bei der Vorlage von 1911 bestanden, möchte die Regierung jetzt zurückstellen zu sollen. Das Gesetz ist nach dem Krieg kommende Entwicklung fördern und schwere Einschränkungen verhindern.

Abg. Schäfer-Vorwerk (B.): Wir begrüßen die Vorlage, jedoch bedarf sie in wesentlichen Punkten noch der Verbesserung. So wird die Frage erneut zu prüfen sein, ob der Aufbau der Arbeitskammern eine räumliche oder fachliche Grundlage haben soll. Weiter müssen besondere Arbeitsteilungen bei den Arbeitskammern zu wünschen. Das Vertrauen der Arbeiterschaft zu den Kammern würde dann erheblich erhöht sein. Wir beantragen die Überweisung der Vorlage an einen Ausschuss von 20 Mitgliedern.

Abg. Legien (Soz.):

Die Vorlage ist befreit von dem Fehler, den wie in der Arbeiterschaffung sieht hatten, nämlich dem Gesetz des Reichsrates gegen die Arbeiter. Die Arbeitskammern sollen ja nicht für die Unternehmer, sondern für die Arbeiter geschaffen werden, wie auch die Regierung in der Begründung hervorhebt. Dann hätte man aber die Wünsche der Arbeiterschaften erfüllt. Bis der erste Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts Schwander aus dem Amt schied, erklärte er unserem Kollegen Bauer, alle sozialen Gesetze würden einer aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengeschafften sozialen Kommission zur Verteilung vorgelegt werden. Weiter haben wir von dieser Kommission nichts gehört. (Herr, dort bei den Sozialdemokraten.)

Und auch diese Vorlage hat einer solchen Kommission nicht vorgelegen. Die Organisationen der Arbeiterschaft und Gewerkschaften haben gemeinsam einen eingehenden Arbeitskammergesetzentwurf ausgearbeitet. Die dort niedergelegten Wünsche sind in dem vorliegenden Entwurf übernommen. Dabei hätte doch die Regierung gerade hier Gelegenheit gehabt, in großzügiger Weise zu gehen, da sie für die Arbeiter nicht nur Worte, sondern auch Taten hat. Aber trotz der vier Kriegsjahre zeigt sich in dem Entwurf ein kleinlicher Geist der Vorsicht gegen die Arbeiter. Deutlich zeigt sich das bei den Bestimmungen gegen die Einbeziehung der Eisenbahnerbetriebe. Im Entwurf von 1910 waren noch dem Beschluss des Reichstages nur die Gewerbe und Betriebe einbezogen. Jetzt ist in der Vorlage nur das Wort „Arbeitnehmer“ durchweg das Wort „Arbeiter“ gestrichen. Die Einbeziehung der Eisenbahnerarbeiter hat also nur die unspezifische Bedeutung, dass nur die Straßenarbeiter hinzukommen. Dazu aber wird

für die Eisenbahnerarbeiter ein Nutzungsrecht

geschaffen, denn sie sollen nur durch den Arbeiterschaftsraum in indirektem Verfahren Mitglieder zur Arbeitskammer wählen. Dann wird noch der Beschluss gemacht, in dieses Gesetz ein kleiner Streitkasten für die Eisenbahner und Postbeamten einzubringen, denn im § 45 Absatz 2 heißt es in einem Nebenzug, dass in diesen Betrieben weder eine Betriebsvereinigung noch eine Arbeitsniederlassung zulässig ist. In der Weise lohnt sich diese umstrittene Frage nicht lösen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung hofft an der territorialen Gliederung der Arbeitskammern fest. Für ihre berufliche Vertretung bedürfen die Arbeiter der Arbeitskammern nicht, aber die Berufsgruppen, in denen starke Organisationen nicht vorhanden sind, werden dadurch von den Arbeitskammern ausgeschlossen. Wir müssen die territoriale Gliederung verlangen. 1898 wollte die preußische Regierung das Hochstraßenamt für Landarbeiter aufheben, nicht aus Zweckmäßigkeit, sondern aus Gerechtigkeit. Der jetzige Entwurf schließt die Landarbeiter aus, wie müssen sie aus Gerechtigkeit in die Arbeitskammern einzubeziehen. (Lebhaftes Sehr richtig!) Der Aufbau dieses Gesetzes hätte der Regierung Gelegenheit zu einem einheitlichen Aufbau der gesamten Vertretungen der Arbeiterschaft geben können. In der Kommission werden wir bemüht sein, einen solchen einheitlichen Aufbau beizuführen. Unser Wunschen entspricht der Entwurf nicht im entferntesten. Die Kommission wird gründliche Arbeit machen müssen. Wenn der Arbeiterschaft nicht sehr intensive Entwicklung bereitstehen soll, wird der Entwurf nicht nur in seinen eingelassenen Zeilen, sondern in seinen Grundsätzen umgestaltet werden müssen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Weinhausen (W.): Der Vorredner hat nur Schattenseen in dem Entwurf gesehen. Er ist aber doch der erste Schritt dazu, den Arbeitern eine gerechte Vertretung zu geben. Und deswegen betrachten wir ihn mit Freuden. Da bedauert ist, dass die Landarbeiter von ihm ausgenommen sind. In der Kommission werden wir und ihnen, diesem Mangel abzuhelfen.

Abg. Hitler (nach): bedeutet die Ausnahmestellung für die Eisenbahnerarbeiter, die die Kommission beseitigen möge.

Abg. Dr. Wilhelmi (L) befreit, doch ansonsten den Arbeitern und Arbeitnehmern keine Interessengrenze bestehen müssen und verlängert die Aufsichtserhaltung bis § 153.

Abg. Behrens (D. Kraft) tritt für die Einbeziehung der Landarbeiter in das Gesetz ein; ansonst müsse der Entwurf abgelehnt werden.

Hierauf vertritt das Haus die Weiterberatung auf Sonderung, 1 Uhr.

Schluss: 64 Uhr.

Sächsische Angelegenheiten.

Die sächsischen Staatsbahnen in der Kriegszeit.

Dem Bandtage ist der Bericht der Finanzdeputation A der Zweiten Kammer über die Staatsseisenbahnen zugegangen. Er enthält umfangreiche Mitteilungen über einzelne Betriebszweige der Eisenbahnen, besonders auch über den Personen- und Güterverkehr. Längere Ausführungen betreffen die inzwischen eingeführten Fahrpreiserhöhungen, deren Notwendigkeit eingehend dargelegt wird. Schon erschöpfend sind auch die Fragen über die unzulänglichen Verkehrsverbindungen Leipzigs mit Breußen behandelt, wobei zum Ausdruck kommt, dass Preußens Eisenbahnpolitik noch immer auf eine Verteilung Sachsen hinausläuft. Neben die Frequenz im Personenverkehr werden Tabellen nicht gegeben. Dagegen wird mitgeteilt, dass für 1918/19 infolge der Fahrpreiserhöhungen auf eine Mehreinnahme von 8.500.000 Mark und eine Gesamtentnahme von 79 Millionen Mark aus dem Personenverkehr gerechnet wird. Hinsichtlich der Fahrpreise wurden verschiedene Wünsche der Deputation erörtert. Besonders wurde die Einführung von Monatskarten mit einem billigeren Zwischenpreis für solche Vorortbewohner gewünscht, die nicht täglich berufsmäßig nach der Stadt fahren. Die Regierung begründete ihre ablehnende Haltung u. a. damit, dass solche Karten dann auch als Ergänzungskarten für den Fernverkehr benutzt werden könnten. Die Deputation sprach jedoch die Erwartung auf Einführung solcher billiger Abonnementkarten aus. Von mehreren Seiten wurde jerner angeregt, es möglichst zur Entlastung des Publikums und des Schalterverkehrs Fahrkartenhefte auszugeben, wenn auch die kleinen Abonnementkarten haben, das östere Lösen einzelner Fahrkarten zu erforschen. Solche Fahrkartenhefte könnten nach der Kilometerzahl berechnet und für verschiedene Strecken Gültigkeit erlangen.

Nicht besonders erstaunlich sind die Angaben über den Güterverkehr. Die Zahl der beförderten Tonnen hat sich zwar von 1915, wo er mit 34.609.860 den niedrigsten Stand seit 1910 erreichte, wieder auf 37.980.000 erhöht, damit sind auch die Einnahmen von 102 auf 114 Millionen Mark gestiegen, im Vergleich zu Breußen hat der sächsische Güterverkehr jedoch recht schlecht abgedeckt.

Besonders auffällig ist der Unterschied im Jahre 1917 mit W. v. D. Meinecke in Breußen gegen W. v. D. Winkler-Einnahme in Sachsen. Man nimmt an, dass die Differenz in der Hauptstrecke darauf zurückzuführen ist, dass Sachsen vorwiegend Textilindustrie hat. Trotzdem sei aber auch anzugeben, dass Sachsen wohl nicht entsprechend seiner Industrie an den Kriegslieferungen beteiligt worden ist.

Auf die Klagen über den Wagenmangel konnte die Regierung Hoffnungen auf Besserung nicht erwidern, sie betonte vielmehr, dass in der Kriegszeit eine Besserung kaum zu erwarten sei.

Die Betriebslänge der sächsischen Staatsbahnen betrug 1916 3382,73 Kilometer; das Anlagekapital der Staatsbahnen belief sich 1916 auf 1.283.770.469 M., auf jeden Eigentumskilometer entfallen im Durchschnitt davon 376.918 M. Dem Anlagekapital stand 1915 eine Eisenbahnlinie in Höhe von 889.821.200 M. gegenüber, das sind 67,14 Prozent des Anlage-

Kriegszeit ist; denn die vorhergehende Tabelle zeigt, dass die Vergangenung 1914 auf 1,88 Prozent und 1915 auf 2,60 Prozent zurückgegangen ist. Es konnten somit außergewöhnliche Ausgaben und Anschaffungen nicht aus den Eisenbahnbudgeten aufgedeckt werden und es ist auch ein weiteres Anwochen der Eisenbahnshuld in der Kriegszeit nicht zu vermeiden.

Ein Forschungsinstitut für Textilindustrie.

Für Errichtung eines deutschen Forschungsinstituts mit dem Sitzen in Sachsen werden im Ergänzungsetat für 1918/19 die entsprechenden Mittel angefordert. Zur Begründung dieses neuen Titels weist die Regierung darauf hin, dass die Textilindustrie in der Gegenwart und Zukunft unter dem Manöver von Rohstoffen zu leiden haben wird. Auch nach dem Kriege werden die ausländischen Spinnfabriken nicht wieder in gleichem Maße wie früher zur Verzierung stehen. Das feindliche und neutrale Ausland findet in erheblichem Umfang zur Herstellung von Textilindustrie übergegangen. Es dürfen keine Opfer gefordert werden, um der Textilindustrie, die mit ihren Hilfsgeräten das Rückgrat unserer sächsischen Volkswirtschaft darstellt, eine gebedürftige Entwicklung zu sichern. Die in Betrieb stehenden fremden und einheimischen Fabriken müssen ausbringender als bisher vorverketzt werden. Die Unabhängigkeit der ausländischen Spinnfabriken ist zu fördern. Zu diesem Zwecke ist die Brauchbarkeit des Holzzellstoff-Faser, der Kessel-Typho-, Ginstert-, Weideninden-, Torn- und andern Fasern sowie deren Anbau weiter zu erforschen. Der in Sachsen gleichfalls in hervorragender Weise vertretene Textilmachinenbau ist für die Entwicklung der Textilindustrie von erheblicher Bedeutung und im Interesse dieser Industrie gleichfalls wissenschaftlich zu fördern.

Um alle im Bereich der Textilindustrie bzw. der Faserstoffe einschließlich der Cellstoff- und der Papiergarnindustrie vorliegenden Fragen: vom Urstoff der Textilien, von planmäßig ausgebauten Sammelstellen von Erfahrungen aus allen Gebieten dieser vielseitigen Industrie werden. Bisher sind solche Forschungen in hervorragender Weise in der Technischen Hochschule, besonders in ihrem mechanisch-technologischen Institut, geleistet worden. Der Krieg hat gelehrt, dass das Institut für die Zukunft den Anforderungen der Zeit nicht gewachsen sein kann, dass es vielmehr losgelöst vom Hochschulbetrieb als selbständiges Institut in wesentlich vollkommenere Weise als bisher ausgebaut werden muss. Dieser Ausbau ist notwendig im Interesse der Bekleidung der Bevölkerung und der Beschäftigung unserer Textilarbeiter.

Zur Errichtung des Instituts ist zunächst von der sächsischen Industrie ein Verein zur Errichtung eines Deutschen Forschungsinstituts für Textilindustrie e. V. gegründet worden. Die Stadt Dresden, die von der Industrie in Ansicht genommen ist, hat einen Bauplatz von 15.000 Quadratmeter in besserer Lage und im Wert von etwa 11½ Millionen Mark unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Handel und Industrie haben bereits reiche Mittel gewährt, weitere Mittel stehen in Aussicht. Gleichwohl können die Zwecke des Dresdner

Instituts, dessen Errichtung von erheblicher Bedeutung für die jüdische Volkswirtschaft ist, nicht ohne staatliche Unterstützung in dem geplanten Umfang durchgeführt werden. Es soll daher aus Staatsmitteln ein einmaliger Beitrag von einer Million Mark und ein jährlicher Beitrag von 100.000 Mark auf zehn Jahre gewährt werden. Das Institut hat inzwischen seine Arbeiten bereits aufgenommen.

Die Landtagsdiäten

sollen wegen der Teuerung, die sich für Abgeordnete, die täglich im Rathaus essen müssen, dreifach bemerkbar macht, erhöht werden. Die Gesetzesdeputation hat die Beratungen über die Regierungsvorschläge abgeschlossen. Nach den seitlichen Beschlüssen, die zum größten Teil auch die Zustimmung der Regierung gefunden haben, soll die Raubhalle von 3000 auf 4200 M. und für besondere Tagungen (Rathaussessionen, außerordentliche Landtage usw.) das Tagegeld von 15 auf 20 M. erhöht und in Monatsraten von 600 M. gezahlt werden. Eine Meinungsverschiedenheit besteht noch hinsichtlich der Gültigkeit der Fahrkarten und der Diäten für in Dresden wohnende Mitglieder des Landtags. Die Deputation will die Fahrkarten auf die ganze Wahlperiode ausgedehnt haben, die Regierung auf die Tagungszeit. Die in Dresden wohnenden Abgeordneten sollen nach den Beschlüssen der Deputation dieselben Diäten erhalten wie die übrigen, während die Regierung sie nach wie vor auf halbe Ration legen will.

Diese Erhöhung der Aufwandsentschädigung soll als Teuerungsmassnahme eingeführt werden und zunächst bis 1923 in Geltung bleiben.

Plauen i. B. Wegen Mangels an Radbereifungen kann der staatliche Kraftwagenbetrieb zwischen Falkenstein und Schneeberg nicht wieder aufgenommen werden. Die Verbindung zwischen Plauen und dem Erzgebirge ist also bis auf weiteres wieder unterbrochen.

Gute nette Schwester.

In Leipzig wurden zwei Frauenpersonen festgenommen, die sich seit Monaten in Berlin, Hamburg, Danzig und anderen Städten umhergetrieben haben und in leichter Gesellschaft und ausländischen Stunden ihren Geld abnahmen. In Dresden war es ihnen vor fünf Monaten gelöscht, einen Viehhändler bei einer solchen Begegnung um 25.000 M. zu erziehen, einer Tat, die sie nach längerem Leugnen auch überführt worden sind. Nachdem sie das Geld in der kurzen Zeit verbraucht haben, wollten sie nun in Leipzig ihr Heil versuchen, wo sie jedoch ihr Schicksal erlebten.

kleine Nachrichten aus dem Lande. Die Familie des Gutsbesitzers Theodor Kötter in Laußnitz bei Penig ist unter Besitztumserhebungen erfasst, nachdem sie am vorangegangenen Sonntag das Abendbüro eingenommen hatte. Die Mutter des Herrn Kötter und dessen neunjähriger Sohn sind der Verüstung bereits erlegen. Die anderen Familienangehörigen, Herr und Frau Kötter sowie Sohn und Tochter und ein Kleinkind liegen krank daneben und kämpfen mit dem Tode. — In Waldau logierte sich der Tischler Hirisch aus Cunnersdorf bei Kirchberg in einem Gasthof ein, wo er nachts krank wurde, so dass er dem Städtischen Krankenhaus zugewiesen werden musste. Dort ist er am andern Tage verstorben. Nach Beerdigung seiner Angehörigen stellte sich heraus, dass er vor 35 Jahren wegen Nichtzulassung seiner Familie verloren hatte und jetzt zurückkehren wollte, jedoch vom Tode ereilt wurde. Seine Angehörigen hatten in dieser langen Zeit auch nicht das geringste Lebenszeichen von ihm erhalten, so dass er als verschollen betrachtet wurde.

